

# Sorge um Kindergesundheit und Klima

## Allianz aus Eltern- und Ärzteorganisationen fordert sofortige Maßnahmen gegen Dieselschäden

### Lungenkranke Kinder, Früh- und Fehlgeburten durch Dieselruß

Dieselruß ist immer noch eine der Hauptursachen für Luftverschmutzung, insbesondere auch in Österreich. Er fördert Erkrankungen der Atemwege und des Herz-Kreislauf-Systems bei Erwachsenen, Lungenkrankheiten bei Kindern und ist nachweislich krebserregend. Und immer deutlicher zeigt sich: „Ultrafeine Partikel aus dem Dieselruß wandern auch bei Schwangeren über die Plazenta in den Embryo und erhöhen nachweislich die Anzahl an Fehlgeburten.“ erklärt Dr. Heinz Fuchsig, Umweltreferent der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK) und selbst Vater zweier Kinder. Eine aktuelle Studie des Schweizer Paul-Scherrer-Instituts (PSI) zeigt zudem, dass in Feinstaubpartikeln weit mehr lungenschädigende Radikale gebildet werden als bisher angenommen. Dies könnte eine weitere wichtige Erklärung dafür liefern, warum so viele Menschen scheinbar ohne konkreten Anlass chronische Atemwegserkrankungen oder Lungenkrebs bekommen.

Anlässlich des Weltgesundheitstages fordern Dr. Fuchsig von der ÖÄK und weitere Ärzte-Organisationen gemeinsam mit Klimaaktivist\*innen ein sofortiges Ende der steuerlichen Begünstigung von Diesel gegenüber Benzin. Ein Teil der staatlichen Mehreinnahmen müsse dabei für die konsequentere Ausrüstung von LKW und Baumaschinen mit Partikelfiltern eingesetzt werden. Denn laut einer aktuellen Angabe des Umweltbundesamtes sind immer noch rund 40 Prozent der Schwerfahrzeuge auf Österreichs Straßen ohne wirksame Partikelfilter unterwegs.

Dr. Hanns Moshhammer, engagiert bei Ärzt\*innen für eine gesunde Umwelt und zweifacher Großvater, ergänzt: „Die Lebenserwartung heutiger Kleinkinder reicht bis 2100. Unsere Kinder leiden bereits unter der Corona-Krise. Wenn wir die Klimakrise entgleisen lassen, sind ihre Zukunftsaussichten desaströs. Bereits 2019 forderte ein hochkarätiges Wissenschaftsgremium im Referenzplan für die Nationale Energie- und Klimapolitik (Ref-NEKP) die Politik dazu auf, klimaschädliche Subventionen rasch abzuschaffen. Das Ende des Dieselpprivilegs wäre ein wichtiger, erster Schritt mit gesundheitlichem Mehrwert.“

### Diesel schädigt neben der Gesundheit auch Klima und Staatsfinanzen

Dr. Martin Salzer, ehemaliger Primararzt und Großvater von zehn Enkeln, ergänzt: „Das angebrochene Jahrzehnt bezeichnet die Klimaforschung als das entscheidendste der Menschheitsgeschichte. Wenn wir unser Leben in den kommenden zehn Jahren wieder in Einklang mit den Belastungsgrenzen des Planeten bringen, dann können wir das Überschreiten gefährlicher Kippunkte noch vermeiden. Ich finde, dass wir das unseren Kindern und Enkeln schuldig sind. Deshalb engagiere ich mich mit meinen 89 Jahren auch noch bei den „Parents For Future“. Zeigen wir doch unseren Kindern, dass sie uns am Herzen liegen! Ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlagen zu schützen, sollte uns – unter sozialer Abfederung von Härtefällen - ein paar Cent mehr pro Liter Diesel wert sein.“ Gemeinsam sind die Ärzteorganisationen überzeugt, dass mit dem Dieselpprivileg genau jene Subvention zuerst beseitigt würde, die nachweislich den größten Schaden auf den meisten Ebenen – nämlich für Klima, Staatshaushalt und Gesundheit – verursacht.

Dazu ein paar ergänzende Zahlen und Fakten:

Österreich zählt innerhalb der EU zu den Ländern mit einem vergleichsweise niedrigen Dieselpreis. Die Ursache liegt in der für Diesel um 8,5 Cent pro Liter niedrigeren Mineralölsteuer (MÖSt) gegenüber Benzin. Dabei ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Diesel pro Liter

sogar um 13 Prozent höher als jener von Benzin. Die Treibhauswirkung von Ruß in der Atmosphäre ist gleich nach CO<sub>2</sub> und Methan die nächstrelevante. Seine Beseitigung kann deshalb wesentlich und rasch zum Klimaschutz beitragen. Ein Umstand, der vielen nicht bewusst ist.

Von 1990 bis 2017 haben zudem die verkehrsbedingten Treibhausemissionen in Österreich um ganze 72 Prozent zugenommen. Dazu hat die steuerliche Begünstigung von Diesel durch den „Tanktourismus“ nachweislich beigetragen. Sie erhöht auch ganz real die Anzahl an Transit-Lkws, zum Beispiel am Brenner um geschätzte 300.000 pro Jahr.

### Widersinnige Steuergeschenke sind nach der Pandemie nicht leistbar

Durch die niedrigere MÖSt auf Diesel entgingen dem österreichischen Staat im Jahr 2020 trotz weniger Verkehr 600 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Die staatlichen Einnahmen aus dem klima- und gesundheitsschädlichen Tanktourismus belaufen sich auf jährlich 400 – 600 Millionen Euro. Der Tanktourismus erzeugte jedoch zugleich externe Kosten. Denn er ist mitverantwortlich für Österreichs Strafzahlungen (Zertifikate-Zukauf) aufgrund nicht erreichter Klimaziele sowie für gesundheitliche Kosten aufgrund der höheren Dieselruß-Exposition der Bevölkerung. „Die gesundheitlichen Folgekosten der Feinstaubbelastung belaufen sich EU-weit auf geschätzte 90 – 200 Milliarden Euro pro Jahr, wobei die neuen Erkenntnisse zum Dieselruß hier noch nicht einmal einbezogen sind“ wie Dr. Heinz Fuchsig ergänzt. Aliquot auf Österreichs Bevölkerung umgerechnet wären das bis 2 - 4 Milliarden €.

Eine steuerliche Anpassung bei Diesel an die MÖSt auf Benzin würde zudem die derzeit Österreich angerechneten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Tanktourismus reduzieren. Zusätzlich könnten jährlich weitere 120.000 bis 250.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden, weil eine Dieselpreiserhöhung zusätzlich Anreize setzt, PKW-Fahrten einzusparen. Auch eine Verlagerung von Gütertransporten auf die Bahn würde preislich begünstigt.

### Dieselpreiserhöhung fördert Umstieg auf Elektromobilität

Der Anteil an Neuwagenkäufen mit rein elektrischem Antrieb ist im Jahr 2020 in Österreich um gut 70 Prozent - auf insgesamt 6 Prozent der Gesamtkäufe - deutlich gestiegen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, aber um 2040 Klimaneutralität zu erreichen, müsste sich dieser Trend rasch weiter beschleunigen. „Da in der Corona-Krise Autokäufe um gut 20 Prozent zurückgingen, muss bei einer Entspannung der Krise mit zahlreichen Autoneukäufen gerechnet werden. Eine vorherige Beseitigung des ungerechtfertigten Steuernachlasses bei Diesel gegenüber Benzin wäre zugleich ein wichtiges Preissignal, um den nötigen Umstieg auf Elektroautos schneller voranzutreiben.“ zeigt sich DI Marion Jaros von Parents For Future überzeugt. Diese Maßnahme sollte der erste Startpunkt für eine ökosoziale Steuerreform sein, welche von der Ärzt\*innen-Allianz für die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens als unverzichtbar angesehen wird. In deren Rahmen sollten auch Mehrkosten für Agrardiesel und soziale Härtefälle bei Pendler\*innen bewusst vermieden und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorangetrieben werden. „Wir wollen Versäumnisse in der Verkehrspolitik nicht mehr länger mit unserer Gesundheit, unserer Leistungsfähigkeit und der Zukunft unserer Kinder bezahlen.“ fasst es Dr. Fuchsig noch einmal zusammen.

Weitere Organisationen sind herzlich eingeladen, sich unseren Forderungen ebenfalls anzuschließen. Mehr Informationen unter [www.parentsforfuture.at](http://www.parentsforfuture.at)

### Rückfragehinweis:

Dr. Heinz Fuchsig  
Referat für Umweltschutz  
der Österreichischen Ärztekammer  
Ing.-Ettel-Straße 17, 6020 Innsbruck  
+43 676 5856831  
[h.fuchsig@ikbnet.at](mailto:h.fuchsig@ikbnet.at)

Doz. Dr. Hanns Moshhammer  
Umwelthygiene / Environmental Health  
MedUni Wien  
Kinderspitalgasse 15, 1090 Wien  
+43 1 40160 34935  
[hanns.moshhammer@meduniwien.ac.at](mailto:hanns.moshhammer@meduniwien.ac.at)